



POLEN-ANALYSEN

www.polen-analysen.de

POLEN UND DER EURO

- ANALYSE
Polen und der Euro. Vor einem Kurswechsel der Regierung? 2
Von Reinhold Vetter, Warschau
- TABELLEN UND GRAFIKEN
Einführung des Euro in Polen: Für und Wider 8

- CHRONIK
Vom 17. bis zum 30. April 2007 11

Die Herausgeber danken der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH München für ihre Unterstützung.

Analyse

Polen und der Euro Vor einem Kurswechsel der Regierung?

Von Reinhold Vetter, Warschau

Zusammenfassung:

Die rasch fortschreitende Einbindung der polnischen Volkswirtschaft in die globalen Märkte spricht für eine baldige Übernahme des Euro. Schon jetzt erfüllt Polen einige der so genannten Maastricht-Kriterien, die als Voraussetzung für den Beitritt zur Eurozone gelten. Viele Unternehmer des Landes plädieren vehement für die Gemeinschaftswährung, weil sie sich davon wirtschaftliche Vorteile versprechen. Doch nach dem Machtwechsel im Herbst 2005, als die nationalkonservative Partei *Recht und Gerechtigkeit* Regierungsverantwortung übernahm, trat das Thema Euro erst einmal in den Hintergrund. Ministerpräsident Jarosław Kaczyński und seine Mitstreiter wehrten sich gegen die Abgabe von Souveränitätsrechten, die mit der Übernahme der Gemeinschaftswährung verbunden ist. Inzwischen hat sich die Tonlage geändert. Finanzministerin Zyta Gilowska kündigte für 2009 ein Referendum über das „wann“, nicht mehr über das „ob“ der Euroeinführung an. Die von der Ministerin wiederholt angekündigte Reform der öffentlichen Finanzen wird zeigen, ob die Regierung tatsächlich auf Eurokurs eingeschwenkt ist oder nicht.

EU-Recht ist bindend

Mit dem Beitritt zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 und der daraus resultierenden Übernahme des „Acquis Communautaire“ verpflichteten sich Polen und die anderen neun Beitrittsländer auch zur Einführung des Euro als Gemeinschaftswährung. Gleiches gilt für Rumänien und Bulgarien seit dem Beitritt dieser Länder am 1.1.2007. Die EU-Kommission reagierte sofort mit einem harschen Verweis auf das Gemeinschaftsrecht, als Präsident Lech Kaczyński im letzten Jahr ankündigte, man wolle per Referendum abstimmen lassen, ob der Euro einzuführen sei oder nicht.

Laut EU-Recht hängt die Eingliederung in die Eurozone von zwei Voraussetzungen ab. Zum einen müssen die neuen EU-Staaten maximal zwei Jahre lang am Wechselkursmechanismus EWS II teilnehmen, was bedeutet, den Kurs der Landeswährung innerhalb einer Bandbreite von plus/minus 15 % zum Euro stabil zu halten. Zum anderen müssen sie die Maastricht-Kriterien erfüllen. Ziel dieser Prozeduren ist es, die nominale Konvergenz, also die Einbindung der Volkswirtschaften dieser Länder in den EU-Binnenmarkt und die globalen Märkte zu fördern sowie Solidität und Nachhaltigkeit der Fiskalpolitik zu garantieren.

Die auch für Polen geltenden Maastricht-Konvergenzkriterien lauten:

- Die jährliche Neuverschuldung des Staates darf 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht überschreiten.
- Die gesamte öffentliche Verschuldung soll nicht höher als 60 % des BIP sein.

- Die Inflationsrate darf maximal 1,5 % und der langfristige Nominalzinssatz nicht mehr als 2 % über jenem der drei preisstabilsten Länder des Vorjahres in der Eurozone liegen.

Gegen Ende der Teilnahme an der Vorbereitungsphase EWS II wird der unwiderrufliche Umrechnungskurs des Zloty und der anderen betroffenen Währungen gegenüber dem Euro festgelegt. Die ökonomischen Kriterien für diese Zäsur sind unter Fachleuten umstritten. Wird dieser Wechselkurs auf einem eher niedrigen Niveau fixiert, dann stärkt dies einerseits die preisliche Wettbewerbsfähigkeit des betreffenden Landes, schafft andererseits aber auch das Risiko einer strukturell höheren Inflationsrate. Ein eher höherer Umrechnungskurs kann zumindest kurzfristig zu einer Verschlechterung der Wettbewerbsposition der betreffenden Länder führen. Schon die seit dem 1.5. 2004 praktizierte Teilnahme der neuen Mitgliedstaaten an den wirtschafts- und finanzpolitischen Beratungs- und Entscheidungsprozeduren der EU wie dem Rat der Finanzminister (Ecofin) und den Gremien der Europäischen Zentralbank (EZB) ist eine Vorbereitung auf den Beitritt zur Eurozone.

Solange der Zloty gültiges Zahlungsmittel ist, liegt die Währungs- und Geldpolitik allein in der Verantwortung der Polnischen Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP). Laut Verfassung und Zentralbankgesetz ist die NBP vorrangig verpflichtet, auf Geldwertstabilität zu achten, also inflationären Tendenzen entgegenzuwirken. Inflationäre Gefahren können sich sowohl aus wirtschaftlichen Problemen, etwa einer ungünstigen Entwicklung des

Außenhandels oder einer überhitzten Konjunktur, als auch aus einer falschen Regierungspolitik, wie beispielsweise überzogenen Staatsausgaben, ergeben. Wichtigstes Instrument, mit dem die NBP eingreifen kann, ist die Erhöhung oder Senkung der Leitzinsen. Bis zum Eintritt in die Vorbereitungsphase EWS II kann der Kurs des Zloty frei floaten, je nach Angebot und Nachfrage auf den Devisen- und Finanzmärkten. So lange gehört die Absicherung gegenüber Währungsschwankungen zu den wichtigsten Aufgaben unternehmerischer Strategieplanung.

Unter dem früheren Nationalbankpräsidenten Leszek Balcerowicz hat die NBP eisern am Kampf gegen die Inflation festgehalten. Bislang ist nicht erkennbar, ob sein Nachfolger Sławomir Skrzypek, dem enge Verbindungen zur regierenden Partei *Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)* nachgesagt werden, diesen Kurs fortsetzen will. Allerdings ist Ministerpräsident Jarosław Kaczyński dafür bekannt, dass er die Nationalbank stärker als Instrument staatlicher Konjunkturförderung und Investitionspolitik einsetzen will. Bisher jedoch haben der hohe Sachverstand und die langjährige Erfahrung der meisten Mitglieder des Geldpolitischen Rates der NBP verhindert, dass Skrzypek auf dieses Anliegen des Ministerpräsidenten eingegangen ist. Bedenklich stimmt jedoch seine Ankündigung, er wolle möglicherweise durch eine vom Sejm beschlossene Änderung des Nationalbankgesetzes die strikte Festlegung der NBP auf das Anti-Inflationsziel abschwächen und dadurch mehr Raum für eine Stützung der Regierungspolitik durch die Bank schaffen. Dabei stellt sich allerdings die Frage, ob die Regierungspartei die dafür notwendige Mehrheit bereitstellen kann.

Reale Konvergenz schreitet voran

Polen verfügt über eine funktionierende Marktwirtschaft, die zunehmend in die europäischen und globalen Märkte eingegliedert wird. Diese fortschreitende Konvergenz spricht für eine baldige Einführung des Euro. Der realen wirtschaftlichen Entwicklung entspricht die Mitgliedschaft nicht nur in der EU, sondern auch in internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen wie IWF, Weltbank, WTO und OECD. Letztendlich hat auch die nationalkonservative Regierung trotz Europaskepsis und protektionistischer Rhetorik diese Integration nicht gehemmt, auch wenn sie den Konflikt mit internationalen Investoren wie etwa der italienischen Unicredit-Gruppe nicht scheute.

Inzwischen wickelt Polen 80 % seines Exports und 68 % seines Imports mit der EU ab. Die Konkurrenzfähigkeit polnischer Produkte auf den

westlichen Märkten hat erheblich zugenommen. Desgleichen gilt das Land als wichtiges Ziel für ausländische Direktinvestitionen (Foreign Direct Investments – FDI). Im letzten Jahr floss die Rekordsumme von 12 Mrd. Euro nach Polen. Diese FDIs tragen wesentlich dazu bei, das technologische Niveau der polnischen Volkswirtschaft anzuheben. Auch wenn Polen nicht mehr als klassisches Billiglohnland gilt, wird es weiter ausländische Investitionen anziehen. Inzwischen fließt auch polnisches Kapital in die anderen neuen EU-Staaten, nach Russland, Asien und in den Westen. Das Geschehen an der Warschauer Börse zeigt, dass Polen auch in den globalen Kapitalmarkt integriert ist. Ebenso fördern die reichlich fließenden EU-Mittel die internationale Verflechtung der polnischen Volkswirtschaft. Last but not least ist Polen auch ein wichtiges Element des EU-Binnenmarktes, wenn es um den Transfer von Arbeitskräften geht.

Mit Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts zwischen 5 und 10 % entwickeln sich Länder wie Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei und die baltischen Staaten inzwischen viel dynamischer als die „Altmitglieder“ der Gemeinschaft, die von solchen Zuwachsraten nur träumen können, auch wenn sie natürlich auf einem viel höheren wirtschaftlichen Niveau agieren. Aber bisher sind die neuen EU-Staaten noch nicht die wirklichen Motoren des Wachstums, da sie gemeinsam, berechnet auf der Basis von Kaufkraftparitäten, nur etwa 9 % zur gesamten Wirtschaftsleistung der Gemeinschaft beisteuern. Auf jeden Fall tragen die hohen Wachstumsraten dazu bei, dass die neuen Mitglieder wirtschaftlich gegenüber dem Westen aufholen. Frühestens 2015 dürften die ersten von ihnen, insbesondere Slowenien, ein BIP pro Kopf erreichen, das dem Durchschnitt in der erweiterten EU entspricht. Polen wird vermutlich noch einige Jahre länger brauchen.

Polen erfüllt einen Teil der Maastricht-Kriterien

Geht es lediglich um die öffentliche Verschuldung und die Inflationsrate, dann könnte Polen schon heute in die Vorbereitungsphase EWS II eintreten. Doch das Problem ist das Defizit im Staatshaushalt, das noch mindestens zwei Jahre lang nicht dem Standard von Maastricht entsprechen wird. Nach dem gültigen Konvergenzprogramm der Regierung vom 29.11.2006 soll das Defizit im Budget von 3,9 % des Bruttoinlandsprodukts zum Ende des Jahres 2006 auf 2,9 % im Jahr 2009 sinken. Die EU-Kommission sieht diese Zieldaten allerdings mit Skepsis. In einer Länderanalyse von Finanzkommissar Joaquin Almunia hieß es, das Defizit werde bis 2009 allenfalls auf

3,8 % absinken und damit noch erheblich über dem Maastricht-Kriterium liegen. Immerhin hat die von der *PiS* geführte Regierung seit dem letzten Jahr eine relativ solide Fiskalpolitik betrieben. Sichtbarer Ausdruck dessen ist der Haushaltsüberschuss von 1,5 % im Januar 2007, der allerdings im Laufe des Jahres 2007 wieder in ein Defizit umschlagen wird.

In ihrem Konvergenzprogramm von 2006 benutzt die Regierung noch eine zweite Berechnungsmethode für das Budgetdefizit, bei der die Transfers der Rentenversicherungsbeiträge von der staatlichen Sozialversicherung in private Fonds in Höhe von 1,5 – 2 % des Bruttoinlandprodukts berücksichtigt werden. Die Regierung sieht diese Methode, die im Ergebnis zu niedrigeren Defizitwerten führt, als Teil einer zukunftsorientierten Konsolidierungspolitik. Danach soll das Defizit von 1,9 % im vergangenen Jahr auf 0,6 % im Jahr 2009 sinken. Die EU-Kommission besteht jedoch darauf, dass Polen wie alle anderen EU-Staaten ab April 2007 nur noch die erstgenannte Berechnungsmethode anwendet.

Auf jeden Fall steht hinter dem Konvergenzprogramm der Regierung ein doppeltes Fragezeichen. So will das Kabinett ein familienfreundliches Sozialprogramm für die Jahre 2008 – 2014 auflegen, das insgesamt 17,5 Milliarden Zloty kosten soll. Das Programm umfasst unter anderem die Senkung der Rentenbeiträge, die Einführung einer neuer Basisrente und eine stärkere Anpassung der Renten an die wirtschaftliche Entwicklung, auch die Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs, Diversifizierung der Beschäftigungsformen für Mütter und Hilfen für schwangere Studentinnen, des Weiteren mehr kostenlose öffentliche Kindergärten, längere Betreuungszeiten für Grundschulen und kostenlose Parkplätze für kinderreiche Familien, außerdem höhere Gehälter für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Dabei ist es vor allem die von der Regierung angepeilte Finanzierung des Programms, die namhafte Ökonomen wie Waław Wilczyński, Andrzej Wernik, Ryszard Petru, Jerzy Hausner und Mirosław Gronicki mit Skepsis erfüllt. Denn Ministerpräsident Jarosław Kaczyński und Finanzministerin Zyta Gilowska setzen vor allem auf sprudelnde Steuereinnahmen aufgrund eines längerfristig anhaltenden Wirtschaftswachstums von mindestens 6 % und auf wachsende, die Wirtschaft fördernde Kaufkraft aufgrund der erhöhten sozialen Zuwendungen. Ein solches Wachstum, so die Wissenschaftler, könne aber niemand garantieren. So bestehe die Gefahr, dass das Defizit im Staatshaushalt im Jahr 2009 nicht wie geplant 2,9 %, sondern 6 % betrage. Dadurch könne sich die Übernahme des Euro weiter nach hinten verschieben.

Die zweite Unsicherheit ergibt sich aus der Frage, ob und in welcher Form die Regierung ihr am 4. April vorgestelltes Programm zur nachhaltigen Reform der öffentlichen Finanzen in den nächsten Jahren realisieren kann. Unter polnischen Ökonomen herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass diese Reform eine wesentliche Vorbedingung für die Verwirklichung der von der Regierung bis 2009 angepeilten Defizitziele ist. In Fachkreisen genießt das Programm eine gewisse Zustimmung, weil seine Verwirklichung ein erster Schritt wäre, den finanzpolitischen, das Defizit fördernden Dschungel aus staatlichen Agenturen, Fonds und Unternehmen zu durchforsten und damit den öffentlichen Ausgaben eine überschaubarere und weniger kostenräftige Struktur zu geben. Allerdings sind bisher alle Regierungen seit den frühen 1990er Jahren, linke wie konservative, an der grundlegenden Reform der öffentlichen Finanzen gescheitert, zuletzt Ministerpräsident Marek Belka und sein Wirtschaftsminister Jerzy Hausner.

Das grundlegende Problem besteht darin, dass das Programm der Regierung von Ministerpräsident Jarosław Kaczyński zur Reform der öffentlichen Finanzen nicht in eine Gesamtstrategie zur Modernisierung des Landes eingebettet ist. Diese Strategie müsste auch die Modernisierung der sozialen Systeme, die stärkere Förderung von Forschung und Entwicklung, die weitere Modernisierung der Infrastruktur und eine zukunftsweisende Bildungsreform enthalten. Erst im Rahmen einer solchen Strategie lassen sich die notwendigen Ausgaben für alle diese Aufgaben vernünftig gegeneinander abwägen und dann so festlegen, dass sie den Staatshaushalt nicht in eine Schieflage bringen. Alle diese Aufgaben haben auch eine soziale Komponente, weil sie das Land insgesamt nach vorn bringen, nicht nur das die Familien fördernde Programm der Regierung.

Geht es um die gesamte öffentliche Verschuldung (zentraler Staatshaushalt plus Budgets der Selbstverwaltungen), dann ist Polen bislang bequem in der Lage, das Maastricht-Kriterium von 60 % des Bruttoinlandprodukts einzuhalten. Je nach Bewertung durch das Finanzministerium und unabhängige Ökonomen lag der entsprechende Wert im letzten Jahr bei 48 bis 49 %. Westliche EU-Staaten wie Deutschland und Frankreich stehen viel schlechter da. Allerdings ist auch in Polen die Tendenz steigend. Und selbst Finanzministerin Zyta Gilowska warnt vor einem Überschreiten der magischen Grenze von 60 % innerhalb der kommenden drei Jahre, sollten Staat und Selbstverwaltungen nicht seriöser wirtschaften. Auch hier drohen also Gefahren für die Übernahme des Euro.

Auch das Inflationskriterium wird vorerst problemlos erfüllt. Mit einem Jahresanstieg der

Konsumentenpreise von knapp 2 % im letzten Jahr lag Polen unter dem EU-Referenzwert. Allerdings wird für 2007 und 2008 ein leichter Anstieg erwartet. Gleiches gilt für das Zinskriterium. Der Leitzinssatz der Polnischen Nationalbank in Höhe von 4 % stand auf dem niedrigsten Niveau seit Abschluss der Transformationsphase in den 1990er Jahren. Die von Ökonomen erwartete leichte Anhebung erfolgte mit 0,25 % im April 2007. Der Zloty wiederum gilt als eine der stärksten und stabilsten Währungen im Bereich der neuen EU-Staaten Ostmitteleuropas und dürfte in den kommenden Jahren noch an Wert gegenüber dem Euro gewinnen, sollten nicht eine unseriöse Haushaltspolitik der Regierung oder starke außenwirtschaftliche Einflüsse, etwa massive Bewegungen von Spekulationskapital, für Abwertungsdruck sorgen. Die Unabhängigkeit der Polnischen Nationalbank, die ebenfalls als wichtige Voraussetzung für den Beitritt zur Eurozone gilt, scheint vorerst im Großen und Ganzen gesichert zu sein, auch wenn die von der nationalkonservativen Regierung betriebene Zentralisierung der verschiedenen Aufsichtsbehörden des Finanzwesens große Bedenken bei der Europäischen Zentralbank hervorruft, insbesondere mit Blick auf die Bankenaufsicht.

Quo vadis Kaczyński?

In der im Januar 2007 abgelaufenen Amtszeit von Leszek Balcerowicz als Präsident der Polnischen Nationalbank (NBP) galt diese als entschlossener Fürsprecher für eine baldige Übernahme des Euro. Im Rahmen eines speziellen Internetangebots informierte die NBP über das entsprechende Prozedere sowie die Chancen und Risiken der Ablösung des Zloty durch die Gemeinschaftswährung. Auf dieser Homepage wurde auch erläutert, welche Funktionen die NBP an die Europäische Zentralbank (EZB) abgeben muss, sollte Polen der Eurozone beitreten. Das gilt besonders für die Zinspolitik, aber auch für die Verwaltung der Devisenreserven. Der NBP-Präsident wird als Mitglied des EZB-Rates an entsprechenden Entscheidungen teilnehmen. Auch die frühere, hauptsächlich von der postkommunistischen *Demokratischen Linksalianz* (*Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD*) gestützte Regierung unter Ministerpräsident Marek Belka machte sich für eine baldige Einführung des Euro stark, tat allerdings wenig, um durch eine nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Finanzen auch die entsprechenden Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Mit der Machtübernahme durch eine von den Nationalkonservativen der Partei *PiS* dominierte Regierung und auch durch den Amtsantritt eines von ihr gestellten Staatspräsidenten im Herbst 2005

wurde die Einführung des Euro erst einmal auf unbestimmte Zeit verschoben. Ministerpräsident Jarosław Kaczyński warnte vor einem Stabilitätsverlust des Zloty durch die Teilnahme an der Vorbereitungsphase EWS II und vor starken Preiserhöhungen nach der Einführung des Euro. Im Konvergenzprogramm der Regierung spielt der Euro als Zielperspektive eine untergeordnete Rolle. Staatspräsident Lech Kaczyński kündigte im Oktober 2006 sogar an, zum Ende seiner Amtszeit im Jahr 2010 werde man die Polen per Referendum darüber entscheiden lassen, ob man den Euro wolle oder nicht.

Inzwischen deutet sich ein Kurswechsel an, der aber noch nicht gefestigt ist. Finanzministerin Zyta Gilowska erklärte gegenüber EU-Kommissar Joaquin Almunia, im Jahr 2009 wolle man ein Referendum über das „wann“, nicht aber über das „ob“ der Euro-Einführung abhalten. Ministerpräsident Jarosław Kaczyński scheint eingesehen zu haben, dass Polen in Brüssel weiter an Einfluss verliert, sollte es sich vom Euro verabschieden. Außerdem spielen wirtschaftliche und finanzielle Fragen zunehmend im Denken des Ministerpräsidenten eine Rolle, wenn es um den Machterhalt von *PiS* nach 2009 geht. Und für die weitere Modernisierung des Landes ist Polen dringend auf die Hilfgelder aus Brüssel angewiesen. Demgegenüber halten *PiS*-Abgeordnete wie Artur Zawisza (jetzt *Republikanische Rechte/Prawica Rzeczypospolitej*, Anmerkung der Redaktion) weiterhin an einem grundsätzlichen Referendum über den Euro fest. Sollten die Polen den Euro mehrheitlich ablehnen, so Zawisza, müsse man den Beitrittsvertrag neu verhandeln. Angesichts dieser Widersprüche stellt sich natürlich die Frage, mit welcher Haltung zur Gemeinschaftswährung *PiS* in den Wahlkampf vor den Parlamentswahlen 2009 ziehen will.

Die Partei *Selbstverteidigung (Samobrona)* von Landwirtschaftsminister Andrzej Lepper und die *Liga der polnischen Familien (Liga Polskich Rodzin – LPR)* von Erziehungsminister Roman Giertych als Koalitionspartner von *PiS* gaben sich bislang als erklärte Gegner des Euro. Während dies bei der *LPR* auf jeden Fall so bleiben dürfte, weiß man bei Lepper nie, ob er nicht auch dem Euro gewisse taktische oder Macht erhaltende Vorteile abgewinnen kann, was aber eher unwahrscheinlich ist. In der oppositionellen *Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO)* scheint es, etwas vereinfacht, zwei Strömungen zu geben. Während Liberale wie der Europaabgeordnete Janusz Lewandowski die Vorteile des Euro herausstellen, gibt es im konservativen Spektrum der *PO* weit reichende Bedenken gegenüber einer baldigen Übernahme der Gemeinschaftswährung. Das Linksbündnis

SLD gilt als Anhänger des Euro, macht sich zurzeit aber auch nicht sonderlich stark für einen schnellen Beitritt zur Eurozone. Ob der frühere Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski, der jetzt wieder stärker in die Innenpolitik drängt, den Euro zum Thema machen wird, ist bislang nicht absehbar.

Die Verantwortlichen in der Wirtschaft und im Finanzsektor Polens gelten mit eindeutiger Mehrheit als entschlossene Verfechter des Euro. Ihre führenden Vertreter wie Jeremi Mordasewicz vom „Polnischen Arbeitgeberbündnis“ (Polska Konfederacja Pracodawców) und Marek Goliszewski vom „Business Centre Club“ haben dies wiederholt deutlich gemacht. Auch die führenden wirtschaftlichen „Think Tanks“ des Landes liegen auf dieser Linie. Dagegen schwankt die Meinung in der polnischen Bevölkerung zur Einführung des Euro.

Das Für überwiegt das Wider

Mit ihrer zögerlichen Haltung zum Euro liegt die polnische Regierung mehr oder weniger im Trend. Sieht man von wenigen Ausnahmen ab, dann gehört die anfängliche Euro-Euphorie in den neuen EU-Staaten Ostmitteleuropas erst einmal der Vergangenheit an. Nach dem Beitritt Sloweniens zur Eurozone am 1.1.2007 zeichnet sich gegenwärtig nur eine Übernahme des Euro durch die Slowakei im Jahr 2009 ab. Demgegenüber gibt es sowohl für Polen, Ungarn und die Tschechische Republik als auch für die baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland nur vage Zieldaten, die zwischen 2010 und 2014 liegen. Die ursprünglich nach der EU-Erweiterung im Mai 2004 für diese Länder geäußerten Prognosen können damit ad acta gelegt werden. So enthält das Konvergenzprogramm der neuen, konservativ geführten tschechischen Regierung keinen konkreten Termin für die Übernahme des Euro. Und das entsprechende Dokument der sozialliberalen Koalition in Ungarn verpflichtet die Regierung nur auf die Einhaltung der Maastricht-Kriterien bis 2009. Litauens Ministerpräsident Gediminas Kirkilis sprach unlängst von 2010 als Zieldatum. Immerhin nehmen Litauen und Estland seit dem 28.6.2004 sowie Lettland seit dem 25.4.2005 und die Slowakei seit dem 25.11. desselben Jahres an der Vorbereitungsphase EWS II teil.

Wenn der anfängliche Schwung vorbei ist, dann hat das sowohl politische als auch ökonomisch-finanzielle Gründe. Besonders in Polen und in der Tschechischen Republik hat die Machtübernahme durch konservative, national bis nationalistisch ausgerichtete Parteien dafür gesorgt, dass der Euro nicht mehr zu den politischen Prioritäten dieser Länder zählt. Wichtigstes Beispiel für ökonomische Hemmnisse ist Ungarn, das

sich nach der unverantwortlichen Haushaltspolitik früherer konservativer und linker Regierungen schwer tut, die öffentlichen Finanzen wieder einigermaßen ins Lot zu bringen. Aber auch Länder wie Lettland haben enorme Probleme, wenn es etwa um die Einhaltung des Maastricht-Kriteriums hinsichtlich der Inflation geht. Hinzu kommt, dass in einigen dieser Länder auch die Unterstützung durch die Bürger schwindet. Glaubt man den neuesten Umfragen, dann sind 64 % der Letten und 62 % der Litauer gegen die Einführung des Euro.

Außerdem verdichtet sich der Eindruck, dass die EU-Kommission in Brüssel ein doppeltes Spiel treibt. Auch wenn die verantwortlichen Kommissare Haushaltssünder wie Ungarn und Polen routinemäßig zur Einhaltung des entsprechenden Maastricht-Kriteriums auffordern, tun sie doch kaum etwas, um dem Euro in den neuen EU-Staaten zu Popularität zu verhelfen – gerade in den wirtschaftlich sehr erfolgreichen baltischen Staaten. Damit stellt sich die Frage, was hinter diesen Manövern der EU-Kommission steht. Vermutlich fördern die allgemeinen EU-Probleme, wofür besonders der Streit über den EU-Verfassungsvertrag steht, bei den Brüsseler Kommissaren eine Art Wagenburg-Mentalität frei nach dem Motto: Warum die Stabilität der Eurozone durch neue Mitglieder gefährden, die für Turbulenzen etwa bei der Inflation sorgen könnten.

Für aufholende, postsozialistische Volkswirtschaften wie die polnische ist die Frage nach dem richtigen Zeitpunkt für die Übernahme des Euro besonders wichtig. Insofern geht Finanzministerin Zyta Gilowska in die richtige Richtung, wenn sie in Absprache mit Ministerpräsident Jarosław Kaczyński eine Volksabstimmung über das „wann“ ankündigt. Die Frage ist allerdings, ob ein Referendum das beste Mittel zur Willensbildung ist. Gerade Plebiszite folgen nur selten rationalen ökonomischen Argumenten. Demokratiepoltisch sind sie natürlich zu begrüßen. Vielleicht wäre ein entsprechender Parlamentsbeschluss der bessere Weg. Das Problem ist nur, dass die positive Stimmung gegenüber dem Euro unter den Bürgern größer zu sein scheint als unter den Abgeordneten des Sejm – bislang jedenfalls. Auf jeden Fall sollte es eine breite öffentliche Debatte über den Euro geben, die möglicherweise mit dem nächsten Wahlkampf zusammenfallen wird.

Es gibt eine Reihe von Argumenten, die dafür sprechen, bei der Einführung des Euro nicht hastig zu handeln, auch wenn die Voraussetzungen wie im Fall der polnischen Volkswirtschaft nicht schlecht sind, wie die reale Konvergenz, die Angleichung der konjunkturellen Zyklen an den Westen und die schritt-

weise Erfüllung der Maastricht-Kriterien beweisen. So verliert Polen mit der Abgabe der eigenen Geld- und Kurspolitik auch die Möglichkeit, mit diesen Mitteln auf bestimmte wirtschaftliche Probleme zu reagieren. Darüber hinaus besteht die Gefahr eines inflationären Schubs unmittelbar nach dem Beitritt zur Eurozone. Nicht von der Hand zu weisen ist außerdem eine gewisse Skepsis, die Geld- und Zinspolitik der Europäischen Zentralbank könne den Erfordernissen des polnischen Aufholprozesses nicht angemessen sein.

Die Aufzählung dieser Gefahren wäre allerdings nicht vollständig ohne den Hinweis auf andere Steuerungsinstrumente, die es Ländern wie Polen erlauben, auch nach dem Beitritt zur Eurozone Wirtschaftspolitik im nationalen Interesse zu betreiben. Dazu zählt die Fiskalpolitik, die allerdings so weit wie möglich EU-Normen folgen sollte. Sie verspricht besonders dann Aussicht auf Erfolg, wenn sie auf der Basis konsolidierter öffentlicher Finanzen erfolgt. Auch der Arbeitsmarkt eröffnet Handlungsspielraum. Zu diesem Zweck muss die polnische Regierung dringend ihre Beschäftigungspolitik modernisieren, sprich globalen, Erfordernissen anpassen. Die Migration polnischer Arbeitskräfte in Richtung Westen zeigt, dass der europäische Binnenmarkt funktioniert. Westliche EU-Staaten sind aufgefordert, die letzten Hindernisse für den unbeschränkten Austausch von Arbeitskräften zu beseitigen.

Den Gefahren der Übernahme des Euro stehen mannigfache Vorteile gegenüber, die dafür sprechen, die Entscheidung nicht zu lange hinauszuzögern. So ist absehbar, dass schon der polnische Beitritt

zur Vorbereitungsphase EWS II, vor allem aber die Übernahme des Euro den Zustrom ausländischer Direktinvestitionen nach Polen fördern wird. Auch der polnische Außenhandel dürfte davon profitieren. Gleiches gilt für die damit verbundene stärkere Integration des Landes in die internationalen Kapital- und Finanzmärkte, die der Kreditwürdigkeit Polens nur nützen kann. Die Polnische Nationalbank (NBP) schätzt, dass die Übernahme des Euro und die damit verbundenen Vorteile zu einer Anhebung des mittleren jährlichen Wirtschaftswachstums um 0,2 – 0,4 % beitragen wird.

Zu den wichtigsten Trümpfen des Beitritts zur Eurozone zählt die Tatsache, dass Polen dann nicht mehr von Währungskrisen bedroht ist, die eine potentielle Gefahr für alle Transformationsökonomien darstellen. Für die polnischen Unternehmen wäre dieser Schritt auch mit dem Wegfall der hohen Kosten verbunden, die durch die notwendige Absicherung gegen Kursschwankungen entstehen. Außerdem ist nach der Übernahme des Euro von einer weiteren Senkung der Zinssätze auszugehen. Hinzu kommt, dass das politische Gewicht Polens in der EU zunehmen wird, was der Mitsprache bei der künftigen Gestaltung der Gemeinschaft und auch den Vertretern nationaler Interessen nur nutzen kann. Auch Ministerpräsident Jarosław Kaczyński hat sich wiederholt für ein starkes Polen in einer EU mit starken Institutionen ausgesprochen. Seine Regierung sollte also möglichst schnell einen klaren Pro-Euro-Kurs einschlagen.

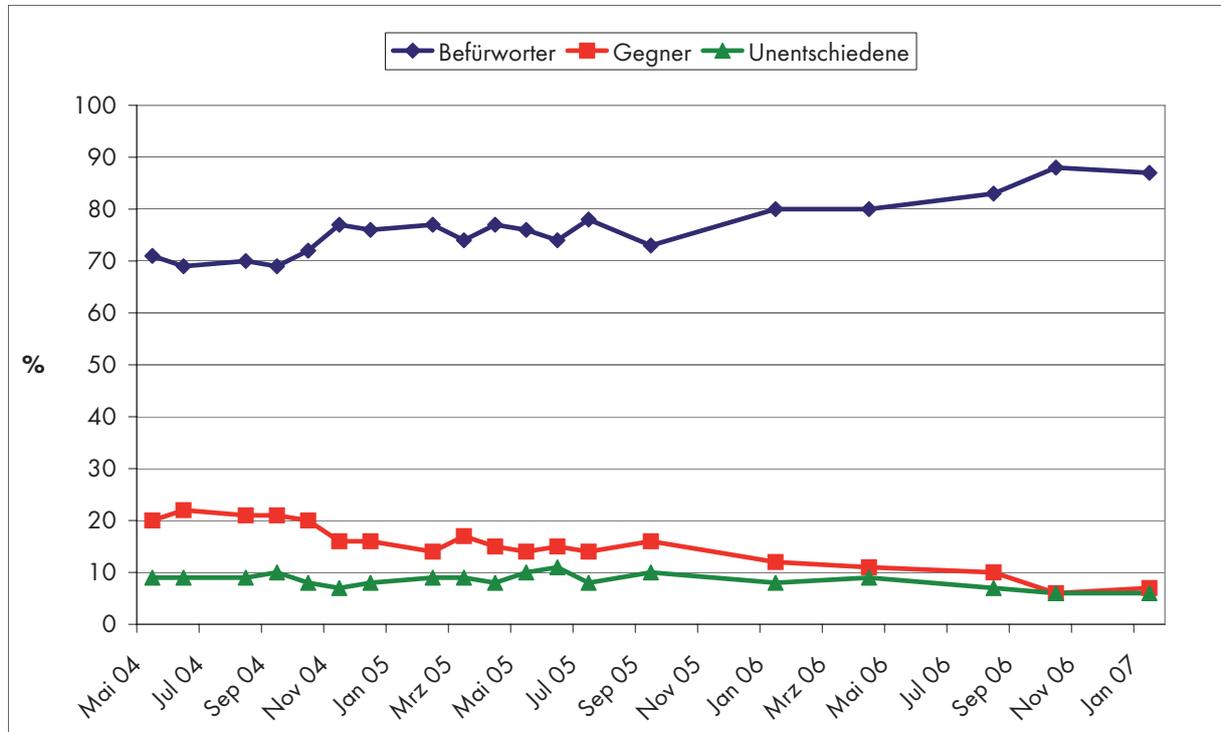
Über den Autor

Reinhold Vetter, Ingenieur und Politologe, arbeitet in Warschau als Korrespondent des *HANDELSBLATT* für Ostmittel- und Südosteuropa. Bis 1994 war er Polen-Korrespondent des ARD-Hörfunks. Seine Beiträge erscheinen auch in *NEUE ZÜRCHER ZEITUNG*, *OSTEUROPA*, *SÜDOSTEUROPA* und *INTERNATIONALE POLITIK*.

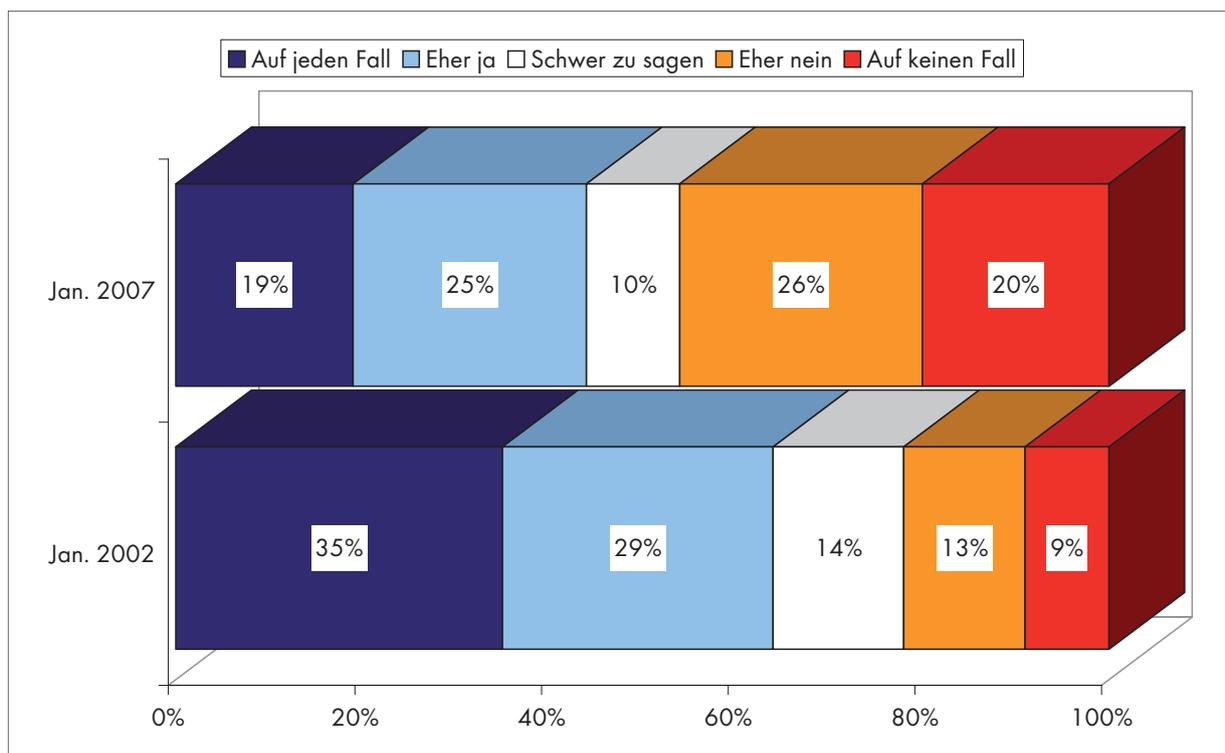
Tabellen und Grafiken

Einführung des Euro in Polen: Für und Wider

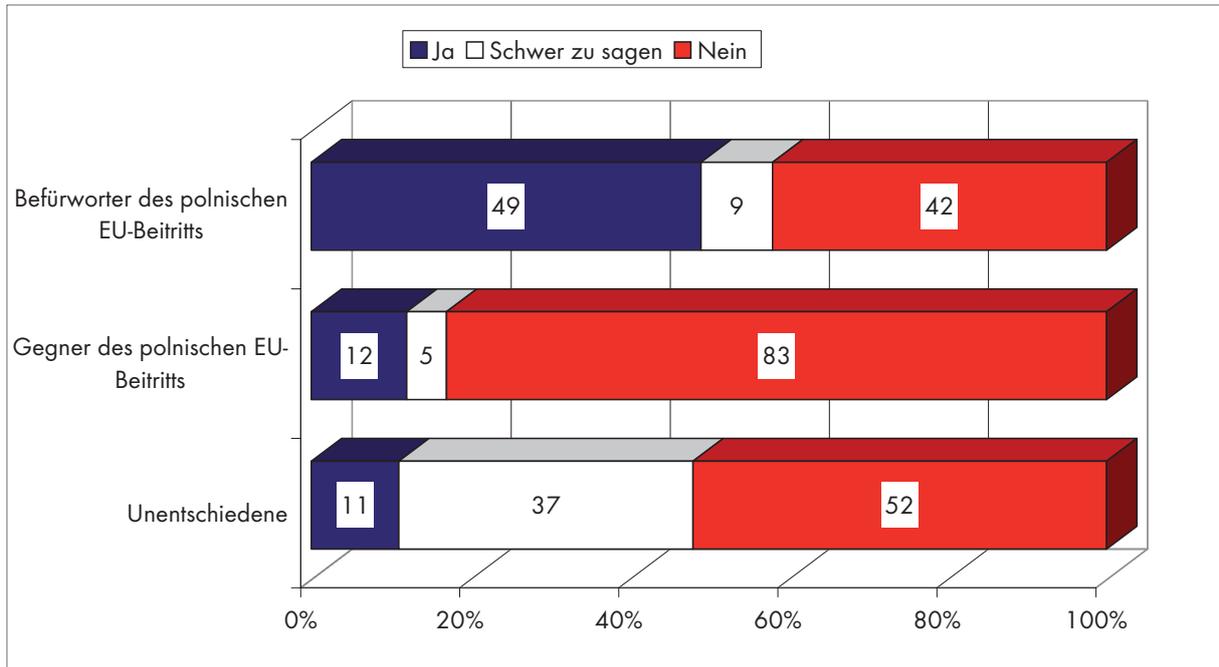
Einstellung zur EU-Mitgliedschaft Polens (in %)



Würden Sie der Einführung des Euro in Polen zustimmen?

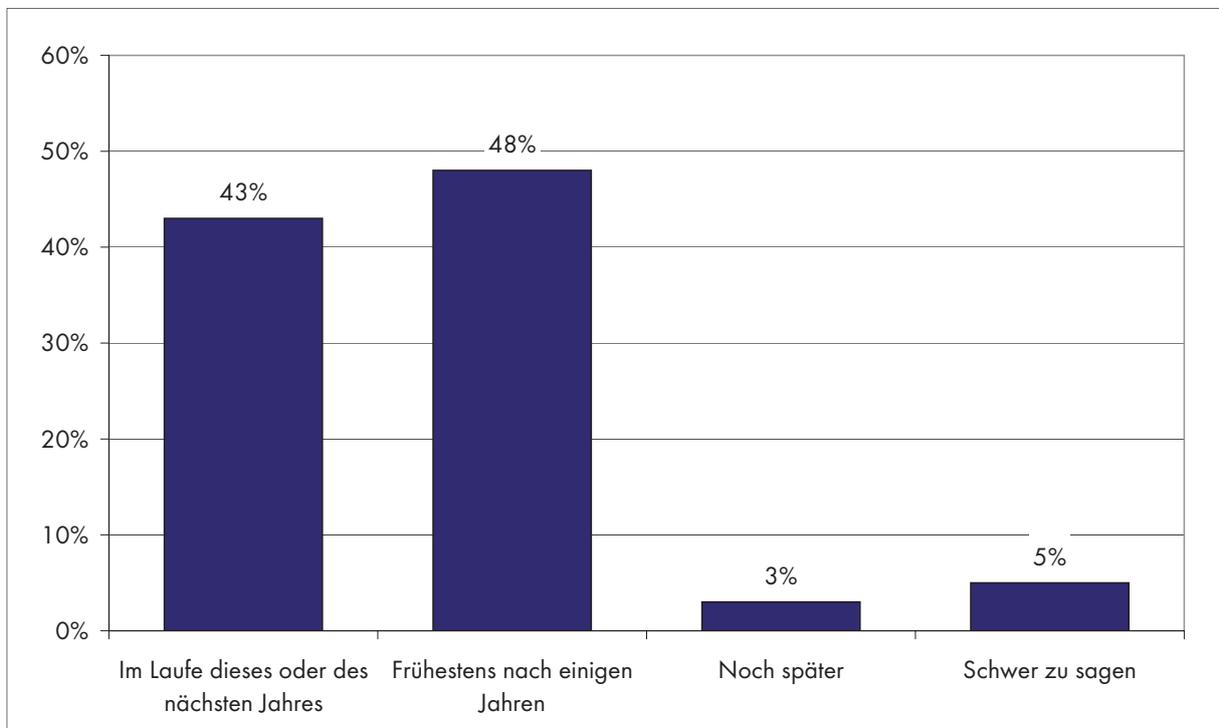


Würden Sie der Einführung des Euro in Polen zustimmen?



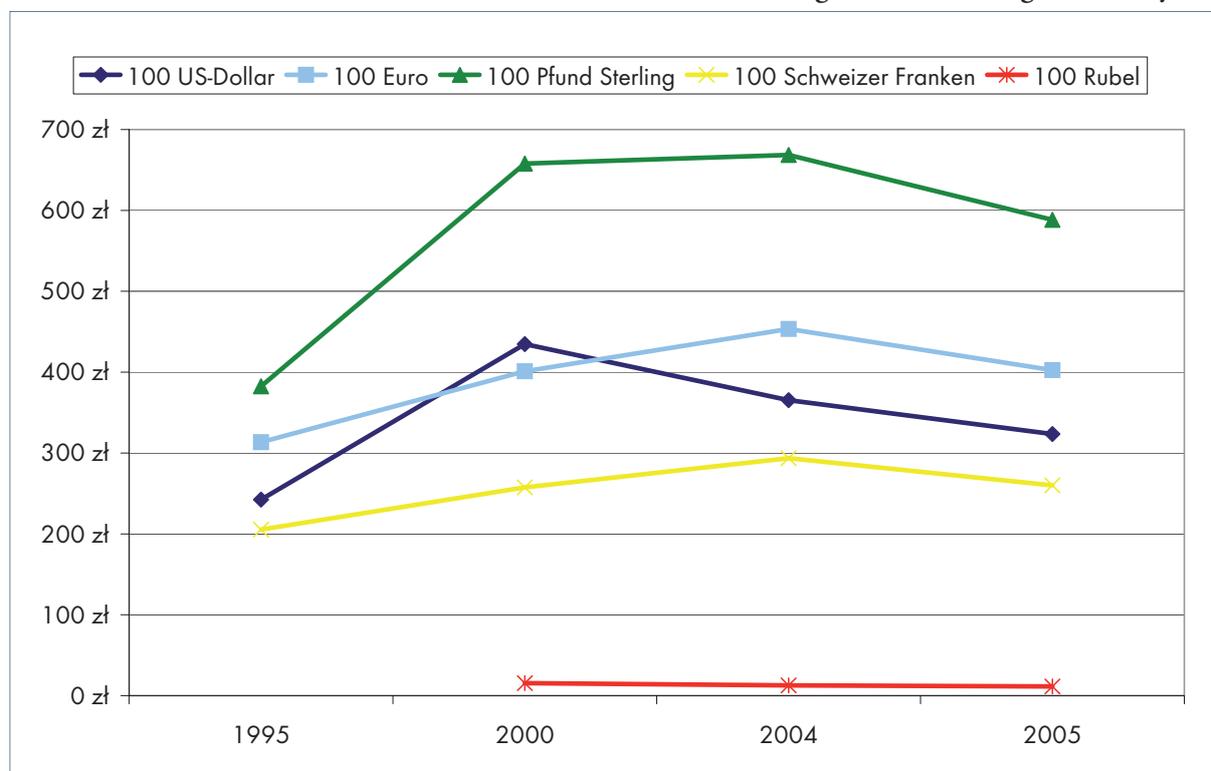
Wann sollte der Euro den Polnischen Zloty ersetzen?

(Antworten der Befürworter der Einführung des Euro in Polen)



Quelle: CBOS BS/14/2007: *Opinie o wprowadzeniu Euro [Meinungen zur Einführung des Euro]*, Warszawa, styczeń 2007 [Januar 2007], <http://www.cbos.pl>

Durchschnittliche Wechselkurse der Polnischen Nationalbank für ausgewählte Währungen (in Zloty)



Durchschnittliche Wechselkurse der Polnischen Nationalbank^(a) für ausgewählte Währungen (in Zloty)

	1995	2000	2004	2005
100 US-Dollar	242,44	434,64	365,40	323,48
100 Euro	313,47 ^(b)	401,10	453,40	402,54
100 Pfund Sterling	382,55	657,87	668,56	588,33
100 Schweizer Franken	205,34	257,47	293,62	259,99
100 Rubel	Keine Angabe	15,42	12,68	11,43

(a) offizieller Kurs

(b) hier: 100 ECU

Quelle:

Główny Urząd Statystyczny: Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 2006: Pieniądz i banki. Rynek giełdowy. Zakłady ubezpieczeń. Otwarte fundusze emerytalne. Średni kurs niektórych walut w Narodowym Banku Polski. [Statistisches Hauptamt: Statistisches Jahrbuch der Republik Polen 2006: Geld und Banken. Börse. Versicherungsanstalten. Rentenfonds. Der Durchschnittskurs der Polnischen Nationalbank für ausgewählte Währungen.]

Chronik
Vom 17. bis zum 30. April 2007

17.04.2007	Ministerpräsident Jarosław Kaczyński schließt vorgezogene Wahlen nicht aus. Hintergrund ist der Rücktritt des Sejmchmarschalls Marek Jurek sowie sein Austritt aus der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS).
18.04.2007	Das Exekutiv-Komitee der Europäischen Fußball-Union beschließt, dass die Endrunde der Fußball-Europameisterschaft 2012 in Polen und der Ukraine stattfinden wird.
19.04.2007	Nach einem Treffen mit dem ukrainischen Ministerpräsidenten Viktor Janukowitsch erklärt Ministerpräsident Jarosław Kaczyński, Polen unterstütze die EU-Beitrittsbestrebungen der Ukraine. Die gemeinsame Organisation der Fußball-Europameisterschaft 2012 sei ein weiterer Impuls für die Zusammenarbeit zwischen Polen und der Ukraine.
19.04.2007	Marek Jurek teilt nach seinem Rücktritt als Sejmchmarschall und seinem Austritt aus der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) die Gründung der christlich-konservativen Partei Republikanische Rechte (Prawica Rzeczypospolitej) mit, deren Programm die Zivilisation des Lebens und die Rechte der Familie bestimmen. Sie werde die Regierung unterstützen und mit der PiS zusammenarbeiten und sei bereit, einen Koalitionsvertrag im Rahmen einer Regierungskoalition zu unterschreiben.
19.04.2007	Der stellv. Ministerpräsident und Bildungsminister Roman Giertych (Liga der Polnischen Familien, Liga Polskich Rodzin – LPR) kündigt an, im Juni den Antrag auf Auflösung des Sejm zu stellen, sollte die Regierungskoalition als Folge der neu gegründeten Partei von Marek Jurek und Parteiwechseln ihre Mehrheit verlieren.
19.04.2007	An der Gedenkfeier zum 64. Jahrestag des Aufstands des Warschauer Ghettos nehmen u.a. Marek Edelman, der letzte lebende Anführer des Aufstands, und Staatspräsident Lech Kaczyński teil.
20.04.2007	Außenministerin Anna Fotyga bekräftigt, Polen sei bereit, über den EU-Verfassungsvertrag zu verhandeln, wobei Polen an seiner Forderung nach einem größeren Stimmgewicht festhalte.
21.04.2007	Am Gründungskongress der Partei Republikanische Rechte (Prawica Rzeczypospolitej) in Warschau, initiiert vom zurückgetretenen Sejmchmarschall Marek Jurek, nehmen entgegen der Erwartungen nur einige Dutzend Sympathisanten teil.
22.04.2007	Der stellv. Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister Andrzej Lepper (Selbstverteidigung, Samoobrona) bezweifelt, dass die Regierungskoalition bis zum Ende der Legislaturperiode 2009 bestehen wird.
23.04.2007	Wirtschaftsexperten appellieren an die Regierung, 2012 den Euro noch vor der Durchführung der Fußball-Europameisterschaft einzuführen. Wirtschaftsministerin Zyta Gilowska bezeichnet dies als technisch möglich, es sei aber auch eine Frage des politischen Willens.
24.04.2007	Nach Angaben des Verbandes der Agenturen für Zeitarbeit (Związek Agencji Pracy Tymczasowej – ZAPT) hat die ZAPT im Jahr 2006 ca. 255.000 Personen vermittelt. 2001 waren es 31.000 Personen.
24.04.2007	Der ehemalige Außenminister und Abgeordnete der Demokratischen Partei (Partia Demokratyczna – PD) im Europäischen Parlament, Bronisław Geremek, hat seine Lustrationserklärung nicht termingerecht eingereicht, was den Verlust seines Mandats zur Folge haben könnte. Nach dem neuen polnischen Lustrationsgesetz, das am 15.03. 2007 in Kraft getreten ist, sind u.a. Abgeordnete, Senatoren und Europaabgeordnete zu einer Erklärung verpflichtet, ob sie mit den Sicherheitsorganen der Volksrepublik zusammengearbeitet haben.
24.04.2007	Der amerikanische Verteidigungsminister Robert Gates teilt bei seinem Besuch in Warschau mit, es sei Sache der NATO zu entscheiden, ob in Polen die Installation des amerikanischen Raketenabwehrschildes um die Stationierung von Kurzstreckenraketen ergänzt wird.
25.04.2007	Der Pressesprecher des Europäischen Parlaments (EP), Jaume Duch, erklärt, allein der Vorsitzende des EP teile ein evtl. Erlöschen eines Abgeordnetenmandats mit. Hintergrund sind Spekulationen in Polen über den ehemaligen Außenminister und EP-Abgeordneten Bronisław Geremek, der seine nach polnischem Recht obligatorische Lustrationserklärung nicht eingereicht hat und deshalb mit dem Entzug des Mandats rechnen muss. Geremek begründet sein Vorgehen damit, dass er bereits vor drei Jahren für seine Kandidatur für das EP eine Erklärung abgegeben habe. Er bezweifelt außerdem die Rechtmäßigkeit des neuen Lustrationsgesetzes.

25.04.2007	Die ehemalige Bauministerin und ehemalige Abgeordnete der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), Barbara Blida, begeht während der Durchsuchung ihres Hauses durch die Agentur für Innere Sicherheit (Agencja Bezpieczeństwa Wewnętrznego – ABW) Selbstmord. Sie soll in einen Korruptionsskandal der Kohleindustrie verwickelt gewesen sein. Der Minister für die Koordination der Ermittlungs- und Sonderdienste, Zbigniew Wassermann, reicht bei Ministerpräsident Jarosław Kaczyński den Antrag auf Suspendierung des Chefs der ABW für die Zeit der Aufklärung des Vorfalles ein.
26.04.2007	Der ehemalige Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki, Träger des Ordens des Weißen Adlers (Order Białego Orła), der höchsten staatlichen polnischen Auszeichnung, und Mitglied des Ordenskapitels, teilt mit, dass er die für diese Funktion geforderte Lustrationserklärung nicht einreichen werde. Er habe bisher bereits drei Mal Erklärungen abgegeben, dass er nicht mit den Geheimdiensten der Volksrepublik zusammengearbeitet habe; weitere Forderungen entbehrten der formalen Grundlage, was er in einem Brief an Staatspräsident Lech Kaczyński auch zum Ausdruck gebracht habe. Der Staatssekretär der Präsidialkanzlei, Maciej Łopiński, erklärt, Mazowiecki gehöre aufgrund seiner Weigerung nicht mehr dem Ordenskapitel an.
26.04.2007	Der Leiter des Büros für Nationale Sicherheit, Władysław Stasiak, bekräftigt, dass der Aufbau des amerikanischen Raketenabwehrschildes in Polen und Tschechien die Erhöhung der Sicherheit in Europa, insbesondere in Polen, zum Ziel habe. Als ausschließlich auf Verteidigungszwecke ausgerichtetes System stelle es für niemanden eine Bedrohung dar, was auch Russland wisse.
26.04.2007	Die Senatoren der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) reichen im Senat ein Gesetzesprojekt ein, dass die Frage deutscher Eigentumsforderungen regeln soll.
27.4.2007	Der polnische Staatspräsident Lech Kaczyński und der ukrainische Staatspräsident Viktor Juschtschenko geben in Warschau die Unterzeichnung einer „Roadmap“ für die strategische Partnerschaft zwischen Polen und der Ukraine bekannt. Die Zusammenarbeit konzentriert sich auf Wirtschaft und Handel sowie den humanitären Bereich.
27.04.2007	Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Warschau unterstreichen Staatspräsident Lech Kaczyński und Premierminister Tony Blair Übereinstimmungen in der Haltung zum Europäischen Verfassungsvertrag: Europa sei ein Bund unabhängiger, kooperierender Staaten.
27.04.2007	Nach der Bestätigung des Rücktritts von Sejmarschall Marek Jurek durch den Sejm wird der stellv. Ministerpräsident und ehemalige Innenminister Ludwik Dorn (Recht und Gerechtigkeit, Prawo i Sprawiedliwość – PiS) zum Nachfolger gewählt
30.04.2007	Włodzimierz Cimoszewicz, ehemaliger Ministerpräsident und Sejmarschall, z.Zt. Hochschullehrer, lehnt es ab, eine Lustrationserklärung einzureichen, die laut Gesetz obligatorisch für wissenschaftliche Angestellte ist. Seiner Meinung nach ist das Lustrationsverfahren rechtswidrig und verstößt u.a. gegen die Verfassung.

Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Herausgeber danken der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH München für ihre Unterstützung und der Marga und Kurt Möllgaard-Stiftung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für die Anschubfinanzierung.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.polen-analysen.de

Für ein kostenloses Abonnement senden Sie eine E-Mail mit dem Stichwort PolenAnalysen in der Betreffzeile an polen-analysen@dpi-da.de

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusministerkonferenz der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlerstätigkeit des DPI ist es, „die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt“ (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 50.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen unter der Leitung von Prof. Dr. Eichwede kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des „Zweiten Umlaufs“, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema „Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte“, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und Identitätsbildung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit etwa 10.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst.

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Dr. Stefan Garsztecki (Bremen), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2007 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.polen-analysen.de